

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 297

Jürgen Aretz

## Schwierige Orientierungssuche

Anmerkungen zu Jugend, Bildung und Kirche  
in den neuen Ländern

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen u. a. aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Gesellschaft und Politik*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Ehe und Familie*

*Bioethik, Gentechnik und Ökologie*

*Europa, Entwicklung und Frieden*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 0 21 61 / 8 15 96 - 0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96 - 21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: [kige@ksz.de](mailto:kige@ksz.de)

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

2003

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1569-8

„Warum hängt hier Spartacus?“ – Die Frage eines Jugendlichen, der nach den so genannten Wendezeiten der DDR erstmals eine Kirche von innen sah und überrascht auf ein Kruzifix blickte, hätte in jedem der heutigen fünf neuen Länder gestellt werden können. Die Geschichte hat sich tatsächlich so in Thüringen zugetragen. Der Gegensatz zwischen einem Schüler mit DDR-Biografie und einem gleichaltrigen aus Bayern könnte plastischer kaum beschrieben werden: Als Ergebnis ihres ideologisch geprägten Schulunterrichts dürften viele DDR-Schüler beim Anblick des Gekreuzigten an den Anführer eines Sklavenaufstandes gedacht haben. Für den Schüler aus Bayern, der im Zweifelsfalle täglich in seinem Klassenzimmer das Kruzifix vor Augen hatte, konnte dies nur Jesus von Nazareth sein – selbst wenn dieser Schüler nicht mehr aus einer praktizierenden christlichen Familie stammte.

Mit dieser Feststellung soll einem möglichen Missverständnis vorgebeugt werden: Die Säkularisierung kann natürlich nicht als ein Phänomen gesehen werden, das auf die östlichen Länder der Bundesrepublik Deutschland beschränkt wäre. Der Begriff Säkularisierung wird im Folgenden als religiöse Entfremdung und fortschreitende Verweltlichung verstanden und nur auf die christlichen Kirchen angewandt; er bezieht sich also nicht auf den mitunter synonym verwendeten Begriff „Säkularisation“ und damit auf die historischen Vorgänge, die 1803 kulminierten.

Das Ausmaß und die historisch-politischen Hintergründe des Säkularisierungs-Prozesses sind – besonders so weit es die Entwicklung nach 1945 betrifft – für den Bereich der ehemaligen DDR anders zu beurteilen als für die alte Bundesrepublik. Über den tatsächlichen Grad der Säkularisierung in den alten Ländern, der Anlass zu großer Sorge sein müsste, geben religionssoziologische Untersuchungen und kirchliche Statistiken beredten Ausdruck.

Die neuen Länder umfassen das historische Mitteldeutschland und damit die Ursprungsgebiete der Reformation; in Thüringen und Sachsen-Anhalt liegen deren Zentren. Lediglich kleine Gebiete Mitteldeutschlands blieben katholisch, so das nach 1945 zwischen Ost und West geteilte Eichsfeld, Teile der Lausitz und, aus territorialgeschichtlichen Gründen, kleinere Einzelgemeinden etwa in Thüringen.

Tatsächlich bilden die Christen heute zwischen Ostsee und Erzgebirge, Harz und Oder eine Minderheit. Sind es in Thüringen immerhin noch knapp 37 % (28,2 % Protestanten, 8,5 % Katholiken), so gehören nur 24 % der Brandenburger einer christlichen Kirche an (20,3 % Prote-

stanten, 3,7 % Katholiken)<sup>1</sup>. Von den etwas mehr als 15 Millionen Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (unter Einschluss von Berlin-Ost) waren 1999 ca. 70 % konfessionslos; in den alten Ländern der Bundesrepublik lag der Anteil bei etwa einem Drittel. Über die kirchliche Bindung sagen die statistischen Zahlen noch nichts aus; das gilt auch für die wahrscheinlich rund 800 000 Katholiken in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Exakte Daten lassen sich nicht ermitteln, da das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt eine entsprechende Erhebung nicht führt und Berlin die Daten nicht länger nach West und Ost getrennt erhebt.

### **Christen und die friedliche Revolution in der DDR**

Das politische, ökonomische und moralische Versagen derer, die den alten Staat DDR getragen hatten, führte in der Zeit der so genannten „Wende“ – die eigentlich eine friedliche Revolution war – dazu, dass gerade die bisher gesellschaftlich und politisch an den Rand Gedrängten besondere Verantwortung übernahmen. Unter ihnen spielten aktive Christen beider Konfessionen eine herausragende Rolle.

Interessant ist die Frage nach dem Verhalten der Katholiken als Minderheit in der Minderheit der ausgehenden DDR. Beim Aufbau der Demokratie in den neuen Ländern haben sie einen zum Teil weit überproportionalen Anteil gehabt, obwohl sie sich auf die neuen Herausforderungen nicht besser oder intensiver vorbereiten konnten als andere Bevölkerungsgruppen.

Bei dem demokratischen Neubeginn 1990, so registrierte der Dresdener Bischof Joachim Reinelt, stellten die Katholiken in seinem Bistum etwa 700 Amts- und Mandatsträger für Bund, Länder und Gemeinden – und das bei einem Anteil an der Bevölkerung von lediglich 4 %<sup>2</sup>. Sie sind später in der Regel auch wiedergewählt worden. Ähnliche Beobachtungen sind in anderen Diözesen bzw. neuen Ländern zu treffen.

Der Beitrag engagierter Christen zu den grundlegenden Veränderungen in der DDR ist freilich nicht allein und nicht einmal primär auf die naheliegende Erklärung zurückzuführen, dass nach der Überwindung einer Diktatur die bisher Unterdrückten bei der Neuordnung des Gemeinwesens die zentrale Rolle spielen. Der Soziologe Gerhard Schmidtchen ist zu dem Ergebnis gekommen, „je enger die Verbindung zur Kirche“ sei, desto höher entwickle sich der „Typus eines ideellen Altruismus“ und die „Selbstbezogenheit tritt zurück“. Keine andere soziale Organisation

gebe dem „ethischen Denken und Fühlen“ eine vergleichbar „deutliche Richtung“<sup>3</sup>.

Dieser frühere westdeutsche Befund wiederholte sich im Grundsatz, als nach der Wiedervereinigung die völlig andere kirchliche Situation in den neuen Ländern untersucht wurde: Das kirchliche Leben habe, so Schmidchen, auch hier eine signifikante Bedeutung „für die ethische Ordnung“.

Die Christen beider Konfessionen, die aktiv am Leben ihrer Gemeinden teilnehmen, erfahren ein „System der ethischen Verhaltenslehre“; das Zusammenleben werde besser, Konflikte würden eher lösbar, das Bewusstsein für die Probleme der Mitmenschen nehme zu. Der Schluss ist naheliegend: Je mehr aktive Christen, desto besser kann der Aufbau, die Weiterentwicklung und Stabilisierung eines demokratischen Gemeinwesens gelingen.

Ihr Engagement und die Anerkennung dieses Engagements finden ihre Erklärungen wohl in der Haltung während des DDR-Regimes und in ihrem konkreten Handeln während der „Wende-Zeit“ und danach. Eine auf die letzten Jahre zurückblickende Ergänzung scheint ebenso notwendig: „Das Lamentieren über manche Erschwernisse durch marktwirtschaftliche Herausforderungen“ sei „in unseren katholischen Gemeinden...“ kaum zu hören gewesen (J. Reinelt).

Freilich: eine „Magnetwirkung“ der Kirche hat es nicht zur Folge gehabt, dass gerade katholische Laien, Geistliche und Bischöfe in der DDR Mut bewiesen und so vielen ein Vorbild gegeben haben. Eine Neuchristianisierung ist nach 1990 ausgeblieben – trotz des positiven christlichen Beispiels und angesichts der Tatsache, dass mit „dem Zusammenbruch des alten ideologischen Systems“ ein „Vakuum“ entstanden war<sup>4</sup>. Christen sind auch heute noch eine Minderheit, wie die Statistik belegt.

### **Traditionelle Entchristlichung**

Der hohe Anteil Konfessionsloser auf dem Gebiet der früheren DDR ist allerdings kein Phänomen, das – historisch gesehen – in kurzer Zeit entstanden ist. Die meisten Konfessionslosen sind bereits in einer entsprechenden Tradition aufgewachsen, die zum Teil mehrere Generationen zurückreicht.

Die religiösen Traditionen waren freilich östlich von Elbe und Saale „nie so ausgeprägt wie im Rheinland oder im Süden Deutschlands“ – Folge u. a. der deutlich späteren Christianisierung eines Landes, in dem danach

„Aufklärungsgedanken mehr Leidenschaften erwecken konnten als kirchliche Frömmigkeit“ (G. Schmidtchen).

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert war dann in Teilen Deutschlands ein spezieller Autoritätsverlust der Kirchen verbunden. Die evangelische Kirche traf dies stärker als die katholische. Durch die Entwicklung der katholischen Soziallehre, die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem und den Aufbau eines dichten Organisationsnetzes wirkte sie der Entwurzelung der katholischen Arbeiter entgegen. Das katholische Milieu blieb auch in der Arbeiterschaft bis weit in das 20. Jahrhundert hinein erhalten. Die evangelischen Kirchen dagegen galten durch die Verbindung von Thron und Altar, der sie auch nach dem Ende der Monarchie „nachtrauerten“, als diskreditiert<sup>5</sup>.

Vielfach wurde die allmähliche kirchliche Entfremdung der Arbeiter durch eine ressentimentgeladene und von sozialistischer Seite geförderte politische Feindschaft überlagert – ein Prozess, der sich – unterschiedlich intensiv – in den ursprünglich protestantisch geprägten Industriestädten vollzog. Mit Ausnahme der norddeutschen Großstädte lagen diese Zentren auf dem späteren DDR-Gebiet. Bezeichneten sich etwa im Reichsgebiet 1925 lediglich 1,8 % der Bevölkerung als konfessionslos, so waren es in dem ursprünglich nahezu rein protestantischen Leipzig bereits 10 %, acht Jahre später schon deutlich über 14 %.

Es wird überdies oft und nicht immer absichtslos verkannt, dass die Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1945 eine kirchenfeindliche und im Besonderen antikatholische Politik betrieben haben. Deren konsequente Zielführung wurde nur dadurch verhindert, dass der Zweite Weltkrieg ausbrach und damit die Notwendigkeit bestand, die „Heimatfront“ nicht weiter zu belasten.

Insofern fiel die antikirchliche und antichristliche Politik und Propaganda, die die Kommunisten in ihrem Herrschaftsgebiet nach 1945 betrieben, auf einen seit langem vorbereiteten Boden. Das SED-Regime stellte Religion und christlichen Glauben als rückständig dar, als hinderlich für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Bei vielen in der DDR geriet der Glaube im Laufe der Zeit in den Verdacht, er „verderbe das Denken der Menschen“ (J. Wanke).

Die Intensität des Kampfes gegen Glauben und Kirche unterlag im Laufe der 40 DDR-Jahre gewissen Schwankungen, aber es war zu jeder Zeit undenkbar, dass ein praktizierender Christ eine herausgehobene und tatsächlich entscheidende Position in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft erreichen konnte. Vielmehr mussten gläubige Christen ihre Hal-

tung mit vorsätzlichen Benachteiligungen und Zurücksetzungen bezahlen.

## **Die Jugendweihe**

Die atheistische Politik der SED zielte im Besonderen auf die junge Generation. Sie wuchs seit Mitte der 50-er Jahre mit einer intensiven Propaganda für die Jugendweihe auf und einer gleichzeitigen Agitation gegen Konfirmation und Firmung.

Eine Erfindung der DDR war die Jugendweihe keineswegs. Der atheistische Initiations- oder „Passage“-Ritus, mit dem der Übergang von der Kindheit bzw. Jugend in die Jungerwachsenenzeit begangen werden soll, geht in seinen Anfängen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Als Fest freireligiöser Gemeinden entstanden und später unter anderem durch den Deutschen Freidenkerverband übernommen, fand die Jugendweihe in der Weimarer Republik Eingang in die Arbeiterfestkultur der KPD und der damals programmatisch noch atheistischen SPD.

Neben den Feuerbestattungen diente die Jugendweihe als „antikirchliche Demonstration“: Der Anspruch der Kirchen als alleinige Vermittler und Bewahrer sittlicher Werte sollte bestritten und der Sozialismus als die „Volksreligion der Zukunft“ propagiert werden – bewusst untermauert durch kultische Formen, die auf emotionale Wirkung zielten. Bezeichnenderweise suchten auch die Nationalsozialisten ein vergleichbares Jugendfest zu etablieren.

Die SED griff die sozialistischen Traditionen auf und führte die Jugendweihe 1955 offiziell ein: In einem Festakt legten die Jugendlichen nach der 8. Schulklasse ein Gelöbnis zur DDR und zum Sozialismus ab – Teil eines atheistischen Staatskultes mit antikirchlicher Zielsetzung. Der kirchliche Widerstand ließ als Folge einer veränderten Kirchenpolitik im Besonderen auf evangelischer Seite wenige Jahre später nach, so dass in den 60-er Jahren nach offiziellen Angaben bereits 97 % der Jugendlichen „freiwillig“ an der Jugendweihe teilnahmen.

Manche Christen akzeptierten die Jugendweihe neben Konfirmation bzw. Firmung, aber eine kleine Minderheit entzog sich der Jugendweihe grundsätzlich. In aller Regel hatte das zur Folge, dass der Weg zum Abitur und damit meist auch zum Hochschulstudium ausgeschlossen war – Nachteile, die von kaum einem der Betroffenen nach 1990 ausgeglichen oder aufgeholt werden konnten.

Ganz falsch wäre es allerdings, aus der Teilnahme an einer sozialistischen Feier mit atheistischer Zielsetzung auf die Grundhaltung der Jugendlichen zu schließen. Das Ritual zum Abschluss der Kindheit war eher Ersatz für die in früheren Generationen übliche religiöse Familienfeier. Die bei dieser Gelegenheit überreichten Geschenke hatten eine weit größere Bedeutung als die weltanschaulich-politische Botschaft der sozialistischen Staatspartei.

Gut zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung und der Wiederherstellung der religiösen Freiheit in ganz Deutschland hat die Jugendweihe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nur wenig von ihrer jedenfalls familiären Bedeutung verloren. Ein hoher Anteil, wahrscheinlich die Mehrheit der Jugendlichen nimmt immer noch an ihr teil. Die jährlichen Teilnehmerzahlen liegen im sechsstelligen Bereich. Meist fehlt heute aber bei den entsprechenden Veranstaltungen, die von verschiedenen Trägerinitiativen durchgeführt werden, die politische, sprich: sozialistische Botschaft.

### **Der reale DDR-Atheismus und die Folgen**

Joachim Wanke, Bischof von Erfurt, hat darauf hingewiesen, dass die meisten Nichtgläubigen in den neuen Ländern „nicht dezidierte Atheisten“ seien, vielmehr Menschen, die sich „ihre eigene Lebensdeutung zusammenbasteln: aus Resten der DDR-Bildung, aus dem westdeutschen Neopositivismus, aus Fernsehwissen, aus eigenen Erfahrungen und biografischen Versatzstücken. Da kommt Kirche gar nicht dazwischen.“<sup>6</sup> Die Kirche hat auf diese Situation pastoral reagiert. So finden im Erfurter Dom „Lebenswendeferien“ statt, die ein katholischer Geistlicher für kirchlich nicht gebundene Jugendliche organisiert und durchführt. Für manchen Katholiken, der aus dem weniger problemorientierten Mehrheitschristentum Westdeutschlands kommt, ist dies eine auf den ersten Blick befremdliche Angelegenheit. Bischof Wanke spricht dagegen von „präkatechumenalen Formen“ – Wegen, die der realen Situation der Kirche in den neuen Ländern Rechnung tragen.

Die kirchlich ungebundenen Menschen in den neuen Ländern begegnen dem Christentum meist keineswegs feindselig, sondern eher uninteressiert oder gleichgültig. Der Zugezogene erfährt mitunter auch aufklärerische Hilfsbereitschaft, wenn es um die christliche Minderheit geht. An einem Tag wie Christi Himmelfahrt – in der DDR längst kein Feiertag mehr – wird ihm Aufhellung zuteil: „Die Christen“ würden heute ein Fest feiern, und darum müsse man nicht arbeiten. Die reale Erfahrung

zeigt, dass ein Christ heute mitten in Deutschland als gesellschaftlicher Sonderling erscheinen kann.

Dem entgegen zu wirken, zumal in der älteren Generation, fällt schwer. Auch die Medien tragen wenig dazu bei, die Wissenslücken über Christen und Christentum zu schließen. Kirchliche Nachrichten sucht man in den gedruckten Medien in der Regel vergeblich, und die Berichterstattung über das kirchliche Leben steht, soweit sie überhaupt stattfindet, oft auf der Stufe des allgemeinen Vereinslebens. Dass „Kirche“ zumindest unter kulturellen Gesichtspunkten eine Institution besonderer Art sein müsste, wird meist nicht gesehen. Älteren, in der DDR ausgebildeten Journalisten ist – vorsichtig formuliert – dieses Denken fremd geblieben. Dem Sozialdemokraten Wolfgang Thierse ist zuzustimmen, der formuliert: „Wenn die Menschen in Deutschlands nichts mehr vom Alten und Neuen Testament wissen, verstehen sie drei Viertel ihres kulturellen Erbes nicht mehr.“<sup>7</sup>

Mit der so genannten „Wende“ von 1989/90 und der Wiedervereinigung waren die Menschen der DDR respektive in den neuen Ländern einer nicht vorhergesehenen „Nachmodernisierung“ ausgesetzt (J. Wanke) – in der Wirtschaft, in der Politik und der Gesellschaft. Diese „Nachmodernisierung“ war für die Älteren eine harte, oft bis heute nicht wirklich bewältigte Herausforderung. Die Tatsache, dass etwa ein Fünftel in den neuen Ländern für die Partei votiert, die die ehemalige Staatspartei SED als PDS fortsetzt, lässt sich teilweise so erklären. Bischof Reinelt hat festgestellt, dass die Folgen einer 40-jährigen sozialistischen Disorientierung viel schlimmer „gewesen seien als erwartet“<sup>8</sup>.

Allerdings hat diese Nachmodernisierung auch Auswirkungen auf Christen und ihre Kirchlichkeit gehabt, die nach Aufhebung der faktischen Zwangsghettoisierung und der gesellschaftlichen Randexistenz mancherorts nachgelassen hat. Bischof Wanke schreibt dazu: „Seelsorge in einer offenen, liberalen Gesellschaft, Kritik an vorgegebenen kirchlichen Verhaltensmustern, Abschmelzen der religiösen Milieus und Nachlassen der prägenden Kraft von Traditionen, eine starke Subjektivierung des Glaubensvollzugs, verbunden mit öffentlicher Kritik an der Institution Kirche, ein ‚Auswahlchristentum‘, das sich vor Verbindlichkeiten drückt – dieses und vieles andere mehr wird jetzt auch unsere seelsorgliche Erfahrung im Osten.“<sup>9</sup>

## Kirchliche Schulen

War früher die religiöse Unterweisung der katholischen Kinder Teil der Selbstbehauptung, die unter großen Schwierigkeiten in Kirchengebäuden durchgeführt wurde, so ist heute die Teilnahme am Religionsunterricht verfassungsrechtlich gesichert und unter gesellschaftlichen Aspekten in aller Regel unproblematisch.

Allerdings gab es 1990 weder eine Tradition kirchlicher Schulen noch wenigstens des Religionsunterrichtes an staatlichen Schulen. Beides stellte faktisch einen völligen Neubeginn dar – in einer Zeit, in der nicht nur für die Masse der Ungetauften, sondern ebenso für viele Christen andere, zum Teil existenzielle, zum Teil aber auch nur scheinbar existenzielle Probleme Vorrang hatten.

Seit den frühen 90-er Jahren sind in den fünf neuen Ländern und im früheren Berlin-Ost etwa 90 Schulen in konfessioneller Trägerschaft entstanden, darunter etwa 40 katholische. Es gibt auf einem Gebiet, das ungefähr halb so groß ist wie die alte Bundesrepublik, 9 katholische Gymnasien, mehrere Grundschulen und auch Berufsfachschulen.

Das Bedürfnis nach katholischen Schulen ist viel größer als das vorhandene Angebot. Aus Kapazitätsgründen muss in jedem Jahr eine große Zahl von Schülerinnen und Schülern zurückgewiesen werden. Viele kirchenferne Eltern suchen für ihre Kinder den Zugang zu katholischen Schulen.

Auch katholische Eltern haben die Möglichkeiten als unzureichend empfunden. Manche allgemeinbildende Schule verdankt ihre Entstehung der Initiative von Eltern, die sich über die meist nachvollziehbaren Bedenken der Ordinariate hinweggesetzt haben.

Selbstkritische Fragen lassen sich vor diesem Hintergrund aber nicht vermeiden. Aus jahrhundertelanger Erfahrung wissen wir in der Kirche, dass die Jugend nicht besser erreicht und die Heranbildung christlich geprägter Führungskräfte nicht besser gelingen kann als über kirchliche Bildungseinrichtungen. Das früher oft diskutierte „katholische Bildungsdefizit“ fand seine Erklärung nicht zuletzt in der Tatsache, dass mit der Säkularisation vor 200 Jahren das maßgeblich von Klöstern getragene kirchliche Bildungswesen vernichtet und damit katholischen Kindern häufig der Weg zu einer besseren Bildung genommen wurde.

Angesichts der geistigen Situation gerade der jungen Menschen in den neuen Ländern muss gut zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung gefragt werden dürfen, ob nicht mit einer noch ausgeprägteren finanziellen

Solidarität und personellen Unterstützung aus den westdeutschen Ortskirchen ein weit größerer – nicht zuletzt pastoraler – Gewinn möglich gewesen wäre.

An den bestehenden katholischen Schulen ist in der Regel etwa ein Drittel der Schüler katholisch, ein Drittel evangelisch und ein Drittel ungetauft. Die Lehrer kommen zur Hälfte aus den westlichen Ländern, haben also eine andere „geistige Sozialisierung“ erfahren als ihre Kollegen mit einer Biografie, die bis in die DDR-Zeit zurückreicht. Aus Westdeutschland stammende Lehrer unterrichten häufig die Fächer, die für die geistige Prägung der Kinder besondere Bedeutung haben, also zum Beispiel Deutsch, Geschichte, Religion oder Philosophie.

An den öffentlichen Schulen sind dagegen auch heute noch meist Lehrer tätig, die ihre Ausbildung in der DDR absolviert haben. Kaum ein Lehrer aus DDR-Zeiten ist entlassen worden oder hat seinen Beruf aufgegeben. Bischof Wanke stellt fest, die Schule sei „ein Bereich, in dem die DDR zum Teil noch weiterlebt“.

Die Situation ist auch dadurch gekennzeichnet, dass als Folge des überdurchschnittlichen Geburtenrückgangs in den neuen Ländern Planstellen an den Schulen abgebaut werden müssen; aus sozialen bzw. arbeitsrechtlichen Gründen sind dann häufig gerade solche Lehrer bzw. Bewerber betroffen, die nach 1990 ausgebildet und eingestellt wurden.

Inwieweit ältere Lehrkräfte innerlich den Weg von der sozialistischen Diktatur in den demokratischen und sozialen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland gegangen sind, lässt sich nicht generell sagen. Manche Kollegien staatlicher Schulen weisen eine Bandbreite vom engagierten katholischen oder evangelischen Lehrer bis zum aktiven Mitglied der PDS auf.

Vor diesem Hintergrund kann man nicht davon ausgehen, dass der ideologisch-antikirchliche Unterricht der DDR-Zeit in jedem Fall durch einen Schulgeist abgelöst wurde, in dem es Bedeutung hat, dass sich das Grundgesetz nicht nur auf den Menschen, sondern auch auf Gott bezieht. Freilich ist diese Frage keineswegs auf die neuen Länder beschränkt.

### **Streitpunkt Religionsunterricht**

Um so größere Bedeutung hat neben den christlichen Schulen der Religionsunterricht an den staatlichen Schulen. Im Grundsatz ist der Religionsunterricht inzwischen in allen neuen Ländern gewährleistet. Neben

rechtlichen und politischen Unterschieden gibt es vielfach praktische, nicht zuletzt organisatorische Probleme.

Katholische und evangelische Religionslehre sind ordentliche Schulfächer in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Während die drei Letztgenannten den Religionsunterricht gemeinsam mit dem Ethikunterricht in ihren Verfassungen als ordentliches Schulfach festgelegt haben und somit Artikel 7,3 GG modifiziert anwenden, hat Mecklenburg-Vorpommern keine verfassungsrechtliche Regelung getroffen. Hier gelten die Bestimmungen des Grundgesetzes unmittelbar. Mit unterschiedlichen Regelungen ist der Ethikunterricht bzw. der Philosophieunterricht (Mecklenburg-Vorpommern) in den vier Ländern Ersatz für den oder Alternative zum Religionsunterricht.

Das Land Berlin hat seine traditionelle Sonderregelung (konfessioneller Religionsunterricht in Verantwortung der Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften in den Räumen der Schule) nach der Wiedervereinigung auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt.

Einen Sonderweg ist das Land Brandenburg gegangen, in dem mit Manfred Stolpe (SPD) über fast 12 Jahre ein ehemaliger evangelischer Konsistorialrat Ministerpräsident war. Mit der Einführung eines Pflichtfaches „Lebensgestaltung/Ethik/Religion“ (LER) wurde die Einrichtung eines wenigstens gleichberechtigten evangelischen respektive katholischen Religionsunterrichtes zunächst verhindert. Die schulische Wertevermittlung sollte in alleiniger Verantwortung und Kompetenz des Staates stattfinden.

Ein Abgeordneter der SPD – und nicht etwa der PDS – formulierte im Brandenburger Landtag offen: „Was Werte sind in diesem Land, bestimmen wir“, und die Süddeutsche Zeitung (27.02.1996) kommentierte: „Der Staat will lieber selber Kirche spielen.“ Haben manche sozialdemokratischen Bildungspolitikern der alten Länder in der Vergangenheit die Gesamtschule propagiert, die eigenen Kinder aber gleichwohl in traditionelle Schulen geschickt, so ist in Brandenburg zu beobachten, dass Sozialdemokraten ihren Nachwuchs gerne in kirchlichen Einrichtungen anmelden.

Inzwischen ist durch einen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auch für das Land Brandenburg eine Lösung gefunden worden, die den Mindestansprüchen der Kirchen Rechnung trägt. Der Religionsunterricht wird in deren alleiniger Verantwortung erteilt –

gleichberechtigtes ordentliches Unterrichtsfach ist er allerdings in Brandenburg ebensowenig wie in Berlin oder Bremen.

Der grundsätzliche Kampf für den Religionsunterricht an den staatlichen Schulen der neuen Länder ist zwar im Prinzip entschieden, aber es bleiben vielfältige praktische und organisatorische Fragen. So nehmen in Mecklenburg-Vorpommern, dem Land mit der geringsten Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik, nur 1,1 % der Schüler am katholischen Religionsunterricht teil. Noch niedriger ist der Anteil in Sachsen-Anhalt mit 0,5 %; allerdings gab es dort im Bezugsjahr 1999/2000 ein vollständiges Fächerangebot nur an ca. 100 von 1 400 öffentlichen Schulen.

In Sachsen besucht etwa ein Fünftel den Religionsunterricht, den katholischen Religionsunterricht je nach Schulform zwischen 1,7 % (Realschule) und 3 % (Grundschulen). Am weitesten sind die Fächer Religion und Ethik in Thüringen gesichert. 23 % der Schüler nehmen hier am evangelischen, 7 % am katholischen Religionsunterricht und 66 % am Ethikunterricht teil<sup>10</sup>.

Die ungünstigen Zahlen, die zum Teil deutlich unter dem Anteil der Katholiken an der Bevölkerung liegen, haben neben der geografischen Zerstreung eine wesentliche Ursache im Mangel an Religionslehrern. Unabhängig davon liegt es angesichts der Bedeutung des Ethikunterrichtes im Interesse der Kirche, dass sich Katholiken – wie es Bischof Wanke offen fordert – auch als Ethiklehrer zur Verfügung stellen.

Die Religionslehrerausbildung erfolgt in den Theologischen Fakultäten der Universitäten. Neben mehreren Evangelisch-Theologischen Fakultäten (Greifswald, Rostock, Berlin, Halle, Leipzig, Jena) gibt es in Erfurt eine Katholisch-Theologische Fakultät. Sie wurde 1952, also in der frühen DDR-Zeit, mit Unterstützung westdeutscher Diözesen gegründet, damals aber nicht staatlich anerkannt. Die Fakultät befand sich in kirchlicher Trägerschaft und war die einzige ihrer Art auf dem Gebiet der DDR. Auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Heiligen Stuhl wurde sie zum Jahresbeginn 2003 in die wiederbegründete staatliche Universität Erfurt integriert. Neben der Priesterausbildung für die Diözesen der neuen Ländern übernimmt die Erfurter Fakultät auch die Ausbildung katholischer Religionslehrer.

Die Universitäten der östlichen Bundesländer haben nach 1990 umfassende Veränderungen erfahren. Vor allem in den ideologisch weniger beeinflussten Fächern – also den naturwissenschaftlichen, medizinischen und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen – sind nach der Wiedervereinigung viele Hochschullehrer in ihren Funktionen geblieben. In den

anderen Fächern wurden häufig Professoren aus den westdeutschen Ländern berufen. Damit traten manchmal die spezifischen Säkularisierungsphänomene ein, die westdeutschen Hochschulen nicht fremd sind. Freilich konnten oft auch junge, engagierte Hochschullehrer gewonnen werden, die sich zum Christentum bekennen oder dieses Bekenntnis in einem nichtchristlichen Umfeld für sich wiederentdeckten. Ähnliches gilt für die immer noch viel zu geringe Zahl westdeutscher Studierender, die den Weg in die neuen Länder finden – und damit neben einer wichtigen Lebenserfahrung im wiedervereinigten Deutschland auch akademische Ausbildungs- und Betreuungschancen gewinnen, die es in den alten Ländern so in der Regel nicht mehr gibt.

### **Ein Postskriptum zum kirchlichen Leben**

Katholisches Leben in den neuen Ländern – das bedeutet Diaspora in der Diaspora. In der durch das SED-Regime forcierten Säkularisierung hatte das konsequente Bekenntnis zur katholischen Kirche die politische Ausgrenzung und die soziale Marginalisierung zur Folge.

Die „Wende“ beendete die offene, bis weit in das tägliche Leben hineinreichende Diskriminierung der bekennenden Christen in der DDR. Bischof Wanke spricht für diesen historischen Zeitpunkt von einem „Freisetzungsschock“, der die Menschen erfasst habe. Mit dem Ende des staatlich-ideologischen Zwanges, der zum Zusammenhalt der meist stark binnenkirchlich orientierten Katholiken beitrug, entfiel freilich eine solidarische Klammer. Die gläubigen Menschen leben nun in einer im Grundsatz offenen Gesellschaft.

Im Alltag wird das Leben faktisch bestimmt durch eine in DDR-Zeiten säkularisierte Mehrheitsgesellschaft, deren materialistische Grundeinstellung ergänzt, teilweise überlagert wird durch den weniger vorsätzlich ideologischen als vielmehr materiell-konsumistischen Säkularisierungsdruck, mit dem die westdeutsche Meinungsmehrheit das Leben in den neuen Ländern beeinflusst. Ein Beleg sind die Kirchenaustritte, die inzwischen auch im Osten der Bundesrepublik meist mit dem Hinweis auf die Kirchensteuer begründet werden. Angesichts eines auch aus anderen Gründen (wirtschaftliche Lage, demographische Entwicklung, Wanderungsverlust der neuen Länder) abnehmenden Kirchensteueraufkommens sinken die Einnahmen der Diözesen und damit ihre konkreten Handlungsmöglichkeiten, nicht zuletzt im Bereich des Bildungswesens.

Allen objektiven Problemen zum Trotz gibt es keinen Anlass zu einem grundsätzlichen Pessimismus. Praktizierende Christen müssen in diesem

Teil Deutschlands seit 1990 kein Nischendasein mehr führen; ihr soziales und politisches Engagement ist beispielgebend, ihre Glaubenskraft oft ermutigend. In den Gottesdiensten ist auch die Generation der bis 40-jährigen vertreten, die man in Westdeutschland oft schmerzlich vermisst. Für die Gruppe der 15- bis 30-jährigen Katholiken liegen statistische Angaben vor: 30 % gehen im Osten jeden oder fast jeden Sonntag zur Kirche, im Westen sind es lediglich 12 %.

Beobachtet man in westdeutschen Pfarreien bisweilen krampfhaft anmutende Versuche, durch liturgische Selbstverwirklichungsübungen die Lücken in den Bankreihen zu schließen, so bleibt dafür in den neuen Ländern angesichts ernsthafter Herausforderungen und historisch erprobter Gläubigkeit wenig Raum. Diese Erfahrung scheint auch die Zuversicht zu rechtfertigen, dass die in besonderer Weise geprägte Säkularisierung der neuen Länder die Selbstbehauptungskraft der katholischen Kirche nicht überfordert.

Vieles wird von der Auseinandersetzung um die Jugend und der Sicherung eines Bildungssystems abhängen, das die Rechte und den Auftrag der Kirche zumindest nicht behindert. Die Aufmerksamkeit und das Problembewusstsein der Katholiken in den neuen Ländern ist gegeben – es wird aber auch in Zukunft der weiteren ideellen und materiellen Solidarität der westdeutschen Katholiken bedürfen, um den spezifischen säkularen Herausforderungen in Schwerin, Erfurt oder Dresden nachhaltig begegnen zu können.

Diese Herausforderungen sind auch mit Chancen verbunden: Kurt Biedenkopf hat darauf hingewiesen, dass bei der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 die Menschen nicht in die Kulturhäuser, sondern in die Kirchen geströmt seien, und nach dem furchtbaren Geschehen am Erfurter Gutenberg-Gymnasium versammelten sich 300 000 Menschen auf dem Domplatz zu einem ökumenischen Gottesdienst – unter ihnen ein großer Anteil junger Menschen. Vielleicht ist der Glaube letztlich doch die Antwort, nach der die Menschen suchen.

## Anmerkungen

- 1 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland bzw. Statistische Jahrbücher der Länder.
- 2 Reinelt, Joachim, Das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft in den neuen Bundesländern nach der Wende, in: Spieker, Manfred (Hg.), Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland, Paderborn u. a. 1995, S. 53–57, hier S. 53.
- 3 Schmidtchen, Gerhard, Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt, 2. durchgesehene Auflage, Opladen 1997, im Folgenden bes. S. 149–172.
- 4 Wanke, Joachim, Kirche und Gesellschaft in Ostdeutschland, s. Anm. 2, S. 41–51, hier S. 44.
- 5 Dazu auch im Folgenden Rudloff, Michael, Die Entstehung des Jugendweihgedankens am Beispiel Leipzigs, in: Mitteldeutsches Jahrbuch für Kultur und Geschichte, Weimar u. a., 6/1999, S. 97–121.
- 6 „Heraus aus dem Ghetto“ – Ein Gespräch mit dem Erfurter Bischof Joachim Wanke, in: Herder-Korrespondenz 53, 7/99, S. 340–345.
- 7 Bohle, Evamaria, „Wir gehen gern auf diese Schule!“ Immer mehr Schüler wollen in das Evangelische Gymnasium Neuruppin aufgenommen werden. In: Zeitzeichen 4/2002, S. 31–33, hier S. 32.
- 8 Reinelt, Joachim, wie Anm. 2, hier S. 55.
- 9 Wanke, Joachim, wie Anm. 4, hier S. 45.
- 10 Vgl. dazu Domsgen, Michael, Große Unterschiede. Wie in Ostdeutschland das Fach Religion unterrichtet wird, in: Zeitzeichen 4/2002, S. 15–17.

## Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Jürgen Aretz, Historiker, bis 1998 Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt Bonn, seit 1999 Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Erfurt.